

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/257

Bonn, den 22. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3 1962 - DAS JAHR DER SOZIALDEMOKRATIE 120

Von Erich Ollenhauer, MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bitte Sperrfrist bis zum 28. Dezember 1962 beachten!

3a Der Beschluss von den Bahamas 30

Bedeutungsvoll - auch für die Bundesrepublik

4 - 5 Dem Mietwucher an den Kragen 82

Neue gesetzliche Möglichkeiten -
aber wie wird die Praxis sein?

Von Margarete Berger-Heise, MdB, Berlin

6 Erst am Anfang des wissenschaftlichen Zeitalters 57

Wann löst die Atomenergie die klassischen Brennstoffe ab?

Von Bruno Kuster, Genf

ALLEN FREUNDEN, MITARBEITERN UND ABONNENTEN
WÜNSCHEN WIR EIN FROHES FEST.
Geschäftsführung und Redaktion
DES SPD-PRESSEDIENSTES

Chefredakteur Günter Markscheffel

22. Dezember 1962

Bitte Sperrfrist bis zum
28. Dezember 1962 beachten!

1963 - DAS JAHR DER SOZIALDEMOKRATIE

Von Erich Ollenhauer, MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

An dieser Jahreswende werden die Menschen mit etwas mehr Optimismus und Zuversicht ins neue Jahr gehen als im vergangenen. Noch ist keines der großen Probleme der internationalen Politik gelöst, aber es ist die Hoffnung gewachsen, daß eine friedliche Lösung dieser Probleme möglich ist und daß die große Katastrophe eines atomaren Vernichtungskrieges vermieden werden kann. Das Einlenken der Sowjet-Union im Falle Kuba und die Bemühungen der Sowjet-Union, in den Fragen der international kontrollierten Abrüstung und der Sicherung einer friedlichen und freiheitlichen Existenz von Berlin, die Verhandlungsmöglichkeiten nicht zu zerschlagen, stützen diese Hoffnungen.

Niemand vermag zu sagen, wie weit dieses Verhalten ausreicht, um im neuen Jahr zu Ergebnissen zu kommen, die die internationale Lage weiter entspannen. So bleibt das Bemühen um erste konkrete Schritte in dieser Richtung einer international kontrollierten Abrüstung eine der dringendsten und vordringlichsten Aufgaben der internationalen Politik. Die Bundesrepublik sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten und gemeinsam mit unseren Verbündeten alles tun, um eine solche positive Entwicklung zu fördern.

* * *

Es kann sein, daß sich bei Fortschritten in der Abrüstungsfrage auch neue Ansatzpunkte für neue Verhandlungen über die Lösung der Berlin-Frage und für eine schrittweise Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ergeben. Die Sicherung und Erhaltung der Freiheit und der Lebensfähigkeit Berlins und die Sorge um die Schaffung einer Ordnung, die auch unseren Landsleuten in der Zone die Aussicht auf ein Leben in Freiheit und Recht eröffnet, müssen die zentralen Aufgaben der Politik der Bundesrepublik bleiben. Die Deutschland-Frage darf nicht von der Tagesordnung der internationalen Politik abgesetzt werden.

Das erfordert auch deutsche Anstrengungen bei der Ausarbeitung von Lösungen. Wir müssen bereit sein, hier unorthodox und unvoreingenommen an den Vorarbeiten unserer Verbündeten teilzunehmen. Ohne sie und ohne ein gegenseitiges Vertrauen können unsere Lebensfragen nicht gelöst werden. Dabei ist es unsere Verpflichtung, wie die Verpflichtung

jeder Regierung gegenüber ihrem eigenen Volk, darauf zu achten, daß die Lebensmöglichkeiten und die Zukunft unseres Volkes in einer freiheitlichen und friedlichen Ordnung gesichert werden.

* *
*

Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung werden die Entscheidungen des nächsten Jahres über den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der freien Völker Europas sein. Die Mitgliedschaft Großbritanniens und der skandinavischen Länder, die ebenfalls den Beitritt zur EWG beantragt haben, wird ein entscheidender Schritt auf diesem Wege und auf dem Weg zu einer engeren Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika sein. Diese Bemühungen um den Ausbau der europäischen Zusammenarbeit müssen die uneingeschränkte Unterstützung der Bundesrepublik finden.

* *
*

Innenpolitisch bedeutet der Jahreswechsel einen wesentlichen Einschnitt in die Entwicklung der Bundesrepublik seit 1949. Mit Mühe und Not haben die bisherigen Regierungsparteien noch vor Jahreschluß eine umgebildete Regierung der Kleinen Koalition zustande gebracht. Sie startet ohne Verteidigungsminister Strauss und mit der Fristsetzung für die Beendigung der Bundeskanzlerschaft Adenauers im Herbst 1963. Das waren nach dem Zusammenbruch der ersten Regierung der Kleinen Koalition unausweichliche Notwendigkeiten. Aber trotzdem bleibt auch das neue und letzte Kabinett Adenauer ein Notbehelf.

Diese Regierung wird den vor uns liegenden Aufgaben des neuen Jahres ebensowenig gerecht werden wie ihre Vorgängerin. Die Sozialdemokratie wird sie trotz ihrer Skepsis nach ihren Leistungen messen.

Hier steht im Vordergrund die Notwendigkeit, alle Vorgänge um die sogenannte "Spiegel"-Affäre restlos zu klären und Maßnahmen zu treffen, die in Zukunft jeden Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit unserer Bundesrepublik ausschließen. Nur so können die Unruhe und die Vertrauenskrise in weiten Schichten unseres Volkes überwunden werden.

* *
*

Dazu kommen die anderen sich zwangsläufig ergebenden Aufgaben, die gelöst werden müssen. Der Haushalt 1963 muß in Ordnung gebracht und so bald als möglich verabschiedet werden. Die Bundesregierung muß sich erklären über ihre Absichten in der Verteidigungspolitik, und das sogenannte Sozialpaket muß endlich dem Bundestag vorgelegt und zur Entscheidung gestellt werden. Dabei muß sich zeigen, ob es den dringendsten Notwendigkeiten auf sozial-politischem Gebiet gerecht wird.

Die Regierung drängt auf die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Die Sozialdemokratie hat sich der Mitwirkung an diesem Gesetzeswerk nicht entzogen. Aber ihre Bedingungen sind seit unserem Parteitag in Köln bekannt. Die Sozialdemokratie wird wie bisher sachlich und unvor-

eingenommen die Entwürfe der Regierung im Lichte unserer Kölner Beschlüsse prüfen. Dabei müssen alle Beteiligten wissen, daß eine Verabschiedung dieser Gesetze ohne die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht möglich ist.

* * *

Wenn dieser Jahresabschluß ein bedeutsamer Einschnitt in die Innenpolitik der Bundesregierung bedeutet, dann nicht wegen der Überwindung der schweren Regierungskrise, sondern wegen der Umstände, die sie begleiteten. Am Anfang der Bemühungen um die Bildung einer neuen Bundesregierung stand das Angebot der CDU/CSU und des Bundeskanzlers, mit den Sozialdemokraten eine neue Bundesregierung zu bilden. Die Partei und der Mann, die die Sozialdemokratie ein Jahrzehnt lang als regierungsunfähig auf der Bundesebene diffamiert hatten, gaben diese Position auf, die eine der schwersten Belastungen der deutschen Politik gewesen ist. Der Versuch einer Koalition mit der SPD ist gescheitert, aber die Tatsache des Versuchs bleibt bestehen. Die Sozialdemokratie hat dieser Bestätigung ihrer staatspolitischen Vertrauenswürdigkeit und ihrer Regierungsfähigkeit angesichts ihrer Leistungen nicht bedurft. Aber sie ist heute eine auch von unseren hartnäckigsten Gegnern anerkannte Tatsache. Sie wird weiterwirken, und sie wird ihr Gewicht haben, wenn der jetzige Versuch der letzten Regierung Adenauer scheitert und wenn sich niemand ernsthaft der Notwendigkeit einer Regierungsbildung auf breiter Grundlage mehr entziehen kann.

* * *

Die Sozialdemokratie geht so in einer gefestigten und gestärkten Position in das neue Jahr. Das Jahr 1962 hat mit seinen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen und Bayern die bei der Bundestagswahl 1961 sichtbar gewordene Aufwärtsentwicklung eindeutig bestätigt. Die Zahlen unserer Erfolge sprechen eine klare Sprache. In vier Bundesländern verfügt die Sozialdemokratie jetzt über eine absolute Mehrheit; in Berlin, Hamburg, Bremen und nun auch in Hessen. Wir sind auf dem Wege zu der breiten, in allen Schichten unseres Volkes verwurzelten Volkspartei.

* * *

Das Jahr 1963 wird im Zeichen der Sozialdemokratie stehen. Unsere Partei feiert in diesem Jahr ihr hundertjähriges Bestehen. In einer großen festlichen Kundgebung am 12. Mai in der Stadthalle in Hannover und im Deutschlandtreffer vom 30. August bis 1. September in Hamburg werden die Veranstaltungen dieses Jahres ihren Höhepunkt finden. Die Sozialdemokratie wird sich mit Stolz zu ihrer Tradition bekennen, und sie wird sich gleichzeitig präsentieren als eine Partei, die mit ungebrochener Kraft und neuen Impulsen mitten in der Gegenwart steht. In der Darstellung unserer Geschichte und unseres Wirkens in der Gegenwart und unseres Wollens für die Zukunft wird sichtbar werden, daß Geschichte und Leistungen der Sozialdemokratie ein wesentlicher Bestandteil der Geschichte des politischen und sozialen Freiheitskampfes unseres Volkes sind.

Aus der Dokumentation dieser Tatsache werden wir neue Kraft gewinnen für die Vollendung der Aufgabe, unserem Volke in allen seinen Schichten eine in Freiheit und Frieden, in Recht und Gerechtigkeit begründete Zukunft zu sichern.

+ + +

Der Beschluß von den Bahamas

Bedeutungsvoll - auch für die Bundesrepublik

sp - Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan haben in Nassau auf den Bahama-Inseln eine Entscheidung getroffen, die nicht nur für die USA und Großbritannien, sondern auch für die kontinental europäischen Verbündeten der angelsächsischen NATO-Partner von großer Bedeutung ist. Sicher ist es dem britischen Premier nicht leicht gefallen, die bisherige Verteidigungskonzeption Großbritanniens den amerikanischen Vorstellungen anzupassen. Er muß damit rechnen, daß man in London trotz aller sachlichen und finanziellen Überlegungen nicht so ohne weiteres die britische Eigenständigkeit der Verteidigungskonzeption aufzugeben gedenkt. Die meisten englischen Zeitungen haben daher auch schon die Beschlüsse von den Bahamas kritisch kommentiert. Es ist jedoch zu erwarten, daß im Laufe der Zeit die verständliche Zurückhaltung der Briten einer sachlicheren Betrachtungsweise Platz machen dürfte.

Präsident Kennedy hat den französischen Staatspräsidenten de Gaulle und auch Bundeskanzler Dr. Adenauer mehr oder weniger deutlich eingeladen, der neuen amerikanischen Verteidigungskonzeption zuzustimmen. Was de Gaulle anbetrifft, so wird dieser wohl kaum von seinem Ziel abgehen, die eigene französische Atomwaffe weiterzuentwickeln. Die entsprechenden Vorbereitungen dazu sind schon sehr weit gediehen, wobei auch deutscherseits eine gewisse Hilfestellung geleistet wird.

In der Bundesrepublik wird man sich sehr bald mit den nun vor uns stehenden Problemen ernsthaft beschäftigen müssen. Nicht in Form von Abschiedsreden für einen gewesenen Verteidigungsminister und auch nicht mit Hilfe von Artikeln im regierungsamtlichen "Bulletin", sondern in einer sehr gewissenhaft durchgeführten Analyse der militärischen und politischen Gegebenheiten, die sich nach den Beschlüssen von den Bahamas abzeichnen.

Wenn nicht alles täuscht, legen die Amerikaner größten Wert auf eine möglichst schnelle Klärung der sachgerechten Verteilung von Aufgabenbereichen unter den einzelnen NATO-Mitgliedern. Was bisher meist nur theoretisch über eine umgewandelte Verteidigungskonzeption des Westens diskutiert wurde, nimmt jetzt klare Formen an; im militärischen und im politischen Bereich. Wir werden besonders darauf zu achten haben, daß die Vertrauensbasis zwischen der Bundesrepublik und den USA stabil bleibt und daß gleichzeitig ein gutes deutsch-französisches Verhältnis als die Grundlage einer konstruktiven europäischen Politik anerkannt wird. Diese konstruktive europäische Politik schließt Großbritannien und die skandinavischen Staaten ein. - ein Europa also, den Präsident Kennedy die gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA angeboten hat.

Dem Mietwucher an den Kragen

Von Margarete Berger-Heise, MdB, Berlin

Am 5. Dezember hat der Bundestag das Wirtschaftsstrafgesetz 1954, auf unbestimmte Zeit verlängert und es dabei so verändert, daß die Gerichte es nun gegen Mietwucher anwenden können.

Es heißt jetzt:

- * "Eine Zuwiderhandlung, die nach den Vorschriften
- * dieses Gesetzes geahndet wird, begeht, wer vor-
- * sätzlich Entgelte, die infolge der Beschränkung
- * des Wettbewerbs oder infolge der Ausnutzung einer
- * wirtschaftlichen Machtstellung oder einer Man-
- * gelware unangemessen hoch sind, für die Vermie-
- * tung von Räumen zum Wohnen oder für das Vermit-
- * teln einer solchen Vermietung fordert, verspre-
- * chen läßt oder annimmt."

Die Bundesregierung brachte den Entwurf ein, weil sie selbst glaubt, das Gesetz könnte nach der Freigabe der Mieten ab 1. Juli 1963 dringend gebraucht werden. Um CDU-Anträge abzuwehren, die das Gesetz schon wieder verwässern sollten, gab der Justizminister im Plenum einige Beispiele von Mietwucher bekannt:

- * "Für eine als Wohnraum vermietete leere Garage
- * wurden 100 DM monatlich gefordert. Für zwei pri-
- * mitiv möblierte Vorratsräume von in gesamt 13 qm
- * ebenfalls 100 DM. Für einen unmöblierten, unheiz-
- * baren Speicherraum ohne Wasseranschluß, 7 qm groß,
- * 70 DM.- Der Pächter eines unbebauten Grundstücks
- * errichtete auf ihm baupolizei- und vertragswidrig
- * primitive Baracken und baute alte Schuppen und
- * Hühnerställe zu Behelfsunterkünften aus. Die Toi-
- * leten mußten von bis zu 15 Mietparteien benutzt
- * werden. Die Mietforderungen betragen z.B. 1957
- * für 35 qm Wohnfläche 100 D-Mark sowie 1500 DM
- * verlorenen Baukostenzuschuß."

Das Hanseatische Oberlandesgericht hat 1960 für die Vermietung von unheizbaren Räumen im Keller zu einem Preis von 100 DM (um 7,14 D-Mark! ein Bußgeld von 800 DM verhängt. Andere Gerichte wagten die ungenauen Bestimmungen nicht anzuwenden, und die Vermieter kamen oft mit einem Preispruch davon.

Dem Gesetzgeber lag an der abschreckenden Wirkung der jetzt möglichen Strafverfolgung, aber auch jetzt bereits gezahlte oder verlangte unangemessen hohe Mieten fallen natürlich darunter.

Allerdings muß sich der Mieter, der einen Antrag zur Nachprüfung seiner Miete bei der Preisbehörde stellt, über eines klar sein; wenn mit der Preisbindung am 1. Juli 1963 das bisherige Mieterschutzgesetz wegfällt und durch die von der Bundesregierung vorgelegten "Mietrechtlichen Vorschriften" ersetzt wird, wird er eventuell von seinem Ver-

mieter die Kündigung erhalten. Aber auch ohne jeden Grund kann nach dieser von der Bundesregierung eingebrachten Änderung des BGB gekündigt werden, der langjährige Mieter erhält lediglich eine längere Kündigungsfrist.

Statistische Fehlerquellen

Von den Gewerkschaften und vom Mieterbund wird mit Recht auf die Fehlerquellen einer statistischen Fortschreibung hingewiesen, der tatsächliche Wohnungsbedarf ist überall höher, als die Statistik erkennen läßt. Eine Freigabe der Mieten zu einem Zeitpunkt, an dem offensichtlich noch eine Wohnungsnot herrscht, würde schon heute voraussehbare Folgen haben: Die Nachfrage nach dem zu geringen Angebot von Wohnraum verführt die Vermieter zu Knappheits- oder Wuchermieten. Klagen gegen diese überhöhten Mieten bringen dem Vermieter zwar eine Strafe, dem Mieter aber die Kündigung ein. Der Mieter verzichtet also auf die Klage, die Wuchermiete wird zum Gewohnheitsrecht, denn der Mieter kann wegen des knappen vorhandenen Wohnraums keine passende andere Wohnung finden.

Drei Wege führen aus diesem Dilemma:

- * 1. Eine Verschiebung des Termins, an dem die Mieten freigegeben werden, um ein Jahr.
- * 2. Ein wirksamer Kündigungsschutz.
- * 3. Der Bau von jährlich 300 000 öffentlich geförderten Wohnungen, so wie im Paragraph 1 des Wohnungsbaugesetzes vorgesehen.

Wegfall des Sozialen Wohnungsbaues ?

Es sind nämlich im Jahre 1960 nur 263 000 und im Jahre 1961 nur noch 242 000 dieser Wohnungen gebaut worden. Von einflußreichen Wirtschaftskreisen, die den Kapitalmarkt für eigene Investitionen beanspruchen, wird zur Zeit ein starker Druck auf die Bundesregierung ausgeübt, den Sozialen Wohnungsbau überhaupt einzustellen, er sei ein Inflationsherd. "Wenn der Staat sich aus der Förderung des Wohnungsbaus zurückzöge, so würden Hunderttausende auf der Strecke bleiben, die noch keine menschenwürdige Wohnung haben, die noch nicht so viel in und an der Marktwirtschaft verdient haben, daß sie sich ohne Hilfe ein Familienheim schaffen können." Das schrieb Bundeswohnungsbauminister Lücke am 5. Oktober 1962 im "Rheinischen Merkur".

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Oder nur soviel: Das Wirtschaftsstrafgesetz gilt auch in Berlin, die Freigabe der Mieten und der Wegfall des Mieterschutzgesetzes am 1. Juli 1963 betrifft etwa die Hälfte des Bundesgebietes; aber nicht Berlin!

Erst am Anfang des wissenschaftlichen Zeitalters

Von Bruno Kuster, Genf

Die gegenwärtig in Betrieb stehenden Kernreaktoren bilden in technischer Hinsicht noch keinen Ersatz für die konventionellen Kraftwerke. Aber die Vorräte an klassischen Energiequellen dürften in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zur Neige gehen. Wird bis dahin die Atomenergie in die Lücke treten können? - Dr. Sigvard Eklund, Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation, gab kürzlich in Wien bekannt, daß gegenwärtig in der ganzen Welt rund 400 Atomreaktoren und zehn große Atomkraftwerke in Betrieb sind, deren Gesamtkapazität etwa drei Millionen Kilowatt betrage - soviel wie die der derzeitigen Kraftwerke Österreichs zusammen. Innerhalb der nächsten Jahre werden etwa 20 Atomkraftwerke mit der normalen Energieproduktion beginnen. So groß dieser Fortschritt auch erscheinen mag, er liegt doch weit hinter den Hoffnungen zurück, die am Ende der Vierziger- und anfangs der Fünfzigerjahre gehegt wurden.

Atomkraft noch nicht konkurrenzfähig

Abgesehen davon, daß die Atomkraftwerke preislich nicht mit den konventionellen Anlagen, die ihrerseits ihre Rentabilität gesteigert haben, konkurrieren können, reicht das Uran als Ausgangsmaterial für Energiegewinnung durch Kernspaltung nicht aus.

Im Jahre 1960 betrug der gesamte Energiebedarf der Welt - auf Steinkohle umgerechnet - fünf Milliarden Tonnen. Die Prognosen für 1975 nennen einen wahrscheinlichen Verbrauch von neun Milliarden Tonnen. Das entspricht etwa einem Tausendstel der bekannten abbaufähigen Vorräte an fossilen Brennstoffen. Nach heutigen Schätzungen wird die gesamte Energieproduktion am Ende des 20. Jahrhunderts fünfmal so groß sein wie 1960. Bei vorsichtigster Berechnung muß man annehmen, dass die verhältnismäßig leicht zugänglichen Reserven an konventionellen Brennstoffen in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts erschöpft sein werden, wenn bis dahin nicht neue bedeutende Vorkommen an Erdöl und Kohle entdeckt werden.

Keine exakten Voraussagen

Die Entwicklungsarbeit der letzten Jahre hat nach Dr. Eklund gezeigt, daß es möglich ist, Uran rationeller zu verwerten. Die Lösung des Problems scheint im sogenannten "Brutreaktor" zu liegen, der mehr spaltbaren Brennstoff erzeugt als er Uran verbrennt.

Dr. Eklund hütet sich, vorauszusagen, wann die Kernenergie wirtschaftlich konkurrenzfähig wird. Auch hält er es für unwahrscheinlich, daß die kontrollierte Kernverschmelzung schon in den kommenden zwei Jahrzehnten Verwendung findet. Aber "wir leben erst am Beginn des wissenschaftlichen Zeitalters und haben nur den Anfang der Möglichkeiten gesehen, welche die Erforschung der Natur uns bietet."